

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/245

22. Dezember 1976

Kämpfer für eine freie Presse

Fritz Sänger wird 75 Jahre alt

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Ein Exempel politischer Kurzsichtigkeit

Anmerkungen zur Haltung der CDU in Sachen Nationalstiftung

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Architekt am weltpolitischen Dreieck

Zur Amtszeit des amerikanischen Außenministers Kissinger

Von Dr. Dieter Dettke

Referent des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 93 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 129 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-88 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnier Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kämpfer für eine freie Presse

Fritz SÄNGER wird 75 Jahre alt

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fritz SÄNGER wird am 24. Dezember 75 Jahre alt. Sein Lebensweg und sein unermüdliches Wirken sind von Publizistik und Politik gleichermaßen geprägt. Ohne ein Staatsamt ausgeübt zu haben, gehört er zu den Persönlichkeiten, die diese Bundesrepublik mitgeprägt haben. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.

Mit seiner journalistischen Arbeit begann im Jahre 1920 in Stettin auch sein Engagement für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Volksschullehrer wandte sich schon bald nach dem Examen dem Beruf des Redakteurs zu, dessen Ausübung ihm durch das NS-Regime erschwert worden ist. Nach einer Phase der Arbeitslosigkeit fand er ab 1935 Unterschlupf in der Berliner Redaktion der "Frankfurter Zeitung", der er bis zur 1943 verfügten Einstellung des renommierten Blattes angehörte.

Als der Krieg zu Ende war, gehörte Fritz SÄNGER zu den Männern der Stunde Null, die zunächst in der Kommunalpolitik daran gingen, die Grundlagen für das Überleben zu schaffen. Er wurde in der Folgezeit einer der maßgebenden Männer beim Wiederaufbau eines demokratischen Pressewesens in Deutschland. Zunächst wirkte er als Chefredakteur in Braunschweig. Vom 1. Oktober 1946 an war er Herausgeber und Chefredakteur des von ihm mitbegründeten "Sozialdemokratischen Pressedienstes", dem er verbunden geblieben ist. Von 1947 an hat Fritz SÄNGER eine zentrale Rolle beim Aufbau einer selbständigen deutschen Nachrichtenagentur gespielt.

Nachdem er 1959 nach einer gegen ihn entfesselten pressepolitischen Kampagne, deren Anstiftung vor allem von Kreisen der CDU ausgegangen war,

die Chefredaktion der von ihm zu hohem Ansehen und internationaler Geltung geführten Deutschen Presse-Agentur niedergelegt hatte, wurde er politischer Mitarbeiter des SPD-Vorstandes. In dieser Funktion hatte Fritz Sänger gewichtigen Anteil an der Formulierung des Godesberger Programms. Von 1961 bis 1969 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Sein freiwilliger Abschied vom Parlament war alles andere als ein Abschied von der Politik. Er hat sie als Publizist weiterhin mit fundierter und konstruktiver Kritik begleitet. Mehrere Bücher und zahlreiche Beiträge - nicht zuletzt in der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Vorwärts" - zeigen dies. Sein Rat in medienpolitischen Fragen ist für die SPD wertvoll geblieben.

Fritz Sänger hat an der schwierigen und empfindlichen Nahtstelle von Politik und Publizistik nun schon jahrzehntelang eine klare und klärende Rolle gespielt. Er hat bei Politikern Verständnis für die Journalisten und bei seinen schreibenden Kollegen Verständnis für Politiker bewirkt. Er ist ein Mann des Ausgleichs, jedoch nie der Anpassung. Er hat Zeitungs- und Journalistenschelte nie ohne penible Prüfung der Sachverhalte hingenommen. Verstöße gegen die Grundsätze sauberer Nachrichtengebung haben ihn allerdings unachtsam auf den Plan gerufen. Er hat konsequent nach dem Grundsatz gehandelt, den er in den Deutschen Presserat eingebracht und aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens dieser Institution noch einmal so formuliert hat: "Demokratie kann nicht bestehen, wenn es keine freie, mutige und redlich tätige Presse gibt, die in eigener Verantwortung und ohne Rücksicht auf Interessen nur um der Sache willen handelt. Sie muß dem Ganzen dienen."

Unser demokratischer Staat und seine Gesellschaft sollten zu würdigen wissen, was sich Fritz Sänger an bleibenden Verdiensten um eine auf Objektivität und Sorgfalt ausgerichtete Nachrichtengebung erworben hat; er hat dafür Maßstäbe gesetzt. Die Journalisten wissen, was sie an ihm haben: Seine redliche, wo notwendig auch kämpferische Treuhänderschaft für die Interessen einer unabhängigen gedruckten, gesprochenen und gefilmten Publizistik bleibt von unschätzbarem Wert. Die Sozialdemokratische Partei möchte an seiner engagierten Tat und an seinem kritisch-konstruktiven Rat noch lange teilhaben.

(-/22.12.1976/va/pr)

+ + +

Ein Exempel politischer Kurzsichtigkeit

Anmerkungen zur Haltung der CDU in Sachen Nationalstiftung

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die fortlaufenden Schwierigkeiten, die sich in den innerdeutschen Beziehungen insbesondere auf Berlin konzentrieren, sind ein dauernder Bestandteil der kontroversen Position der Siegermächte, die frühzeitig zur Spaltung des Landes und zur Spaltung Berlins geführt haben.

Viele Fragen, die in den 40er Jahren in bezug auf Berlin zu klären, zu regeln oder zu lösen waren, ergaben in der Beurteilung der Tatbestände und der Schlußfolgerungen meist eine kontroverse Einstellung zwischen der CDU/CSU und den Sozialdemokraten. Legten die Sozialdemokraten schon zu Zeiten, als Adenauer regierte, mehr Wert auf gute Ergebnisse als auf polemisches Hochspielen der Widerstände und Gegensätzlichkeiten, so hat die CDU immer mehr Wert darauf gelegt, die sowjetische sowie die DDR-Politik und Verhaltensweise an den Pranger zu stellen. So baute die DDR 1961, als Adenauer regierte, die Mauer und unterbrach vom 13. August 1961 bis zum Beginn der neuen Ostpolitik die Begegnungen zwischen den Bürgern der beiden Teile Deutschlands und Berlins so gut wie total. Die Nation wurde menschlich getrennt. In dieser Zeit waren die Herausforderungen der CDU nur provokatorisch und nichtbringende Sonntagereden. Dies war die große Zeit der CDU.

Als die Mauer stand und kein Deutscher zu seinen Verwandten und Freunden in den jeweils anderen Teil Deutschlands fahren konnte, kam im Winter 1962 Chruschtschow nach Ost-Berlin. Er wollte mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ein Gespräch haben. Zu dieser Zeit gab es in Berlin noch die Große Koalition. Herr Amrehn, der zu dieser Zeit Bürgermeister im Senat Willy Brandts war, drohte mit der Auflösung der Senatskoalition, wenn Brandt dieser Einladung Folge leisten und sich mit Chruschtschow treffen würde. So blieb die Chance ungenutzt, denn es hatte für Willy Brandt keinen Sinn, die Begegnung wahrzunehmen, wenn in dem Augenblick die Berliner Senatsregierung gesprengt gewesen wäre.

So waren und so sind die Herren der CDU/CSU immer: Angst vor den Kommunisten, kein Vertrauen in die eigene Gesellschaftsordnung, aber großmütig

in den Wind brüllen und den eigentlichen politischen Partner, wo es möglich ist, verleugnen.

Die Auseinandersetzung um den Sitz des Umweltbundesamtes ist ein Beispiel für politische Dummheit. Der langwierige öffentliche Streit um den Sitz dieses Amtes mit dem dauernden Bemühen der CDU, die Bundesregierung anzugreifen und als feige, ängstlich und sowjetfreundlich hinzustellen, verstärkte durch die ständige öffentliche Auseinandersetzung den Widerstand der Sowjetunion gegen die Entstehung des Amtes in Berlin.

Ein ähnlicher Vorgang ergibt sich zur Zeit um die noch nicht bestehende Nationalstiftung. Hier gerät die CDU sogar noch in eine kontroverse Position im eigenen Lager, denn die Landesregierungen, die von der CDU gestellt sind, waren bisher keinesfalls bereit - und wenn es hart auf hart kommt, sind sie es sicher heute noch nicht -, ihre Kulturbeiträge für die Nationalstiftung nach Berlin zu geben. Aber geschäftige CDU-Leute sehen ihre Aufgabe darin, Berlin wieder einmal als Streitobjekt um das angeblich höhere Nationalbewußtsein der einen oder der anderen Partei zu proklamieren. Ihnen ist der Streit auch auf Kosten Berlins höchst willkommen, denn er scheint gut geeignet, die Ost-Deutschland- und Berlin-Politik der Bundesregierung zu unterminieren.

Dabei wird ohne Rücksicht auf Verluste die noch nicht vorhandene Nationalstiftung als Esel benutzt, um nationale Phraseologie zu Dreschen. Die Idee einer Nationalstiftung verliert dabei an Kraft und Ansehen. Die Herausforderung der CDU hilft der Nationalstiftung und ihrer Heimatfindung überhaupt nicht, sondern sorgt nur wie beim Umweltbundesamt dafür, daß die Protestfront frühzeitig aufgebaut werden kann. Dies nennen sie gut, und uns unterstellen sie Feigheit. Wie banal und lächerlich das klingt.

Alles, was in Berlin besser und leichter geworden ist, haben Sozialdemokraten und Liberale geleistet. Die Führung der CDU weiß, daß die öffentliche provokatorische Diskussion Stürfeuer gegen die gediegenen Vorbereitungen bringt. Die CDU erhofft, nationalistischen Anhang zu finden, wenn sie die Politik im eigenen Lande in Mutige, das sind die Lautstarken, und in Feige, das sind die, welche sich um gute Ergebnisse bemühen, teilt. Vom Bau der Mauer bis heute hat die CDU keine einzige Alternative zu unserem Handeln gehabt.

(-/22.12.1976/va/pr)

Architekt am weltpolitischen Dreieck

Zur Amtszeit des amerikanischen Außenministers Kissinger

Von Dr. Dieter Dettka

Referent des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In den amerikanischen Geschichtsbüchern wird Henry Kissinger, verglichen mit allen anderen Außenministern der Vereinigten Staaten, mit Sicherheit einen herausragenden Platz einnehmen. Kein anderer Außenminister hat jemals in seiner Amtszeit eine so starke Wirkung auf die amerikanische und internationale Öffentlichkeit entfalten können wie er. Die Frage ist nur, ob er seine Wirkung mehr der augenblicklichen Elektrisierung der Öffentlichkeit durch Witz, Charme, Selbstironie und Überraschungseffekte verdankt, oder ob er der Welt eine tiefergehende und langfristige Prägung hinterläßt, die der internationalen Politik von ihm beeinflußte und bestimmte Strukturen gegeben hat.

Für den diplomatischen Korrespondenten der New York Times, Leslie Gelb, ist Kissinger aus heutiger Sicht eher ein Don Juan der internationalen Diplomatie, "ein schwacher Stratege", dafür aber "ein brillanter Taktiker, der ändert und rettet, wenn alles verloren schien" (Der Spiegel, Nr. 52, 20. Dezember 1976). Wenn dieses Urteil zutrifft, wird man wohl Kissinger innerhalb einer kürzeren Zeitspanne vergessen als er im Amt des amerikanischen Außenministers war. Denn nämlich ist seine Wirkung mehr dem Ruhm eines Stars im Show-Geschäft der Politik vergleichbar. Er würde kaum als einer der großen Staatsmänner seiner Zeit in die Geschichte eingehen.

Kissingers politische Leistung war es, der amerikanischen Außenpolitik in einer Zeit neue Konturen, Impulse und Aufgaben gegeben zu haben, in der sie für viele Beobachter nicht nur einen Tiefpunkt erreicht hatte, sondern sich im Niedergang befand. Die Ursache dafür war die tiefe politische, soziale und moralische Krise, in die die Vereinigten Staaten Ende der 60er Jahre durch den Vietnam-Krieg gerieten und die später mit dem tiefen Morast der Watergate-Affäre, der CIA- und Abhörpraktiken und der Aktivitäten großer amerikanischer Konzerne zu einer Staats- und System-Krise auswuchs, wie sie die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hatten.

Seine größten außenpolitischen Leistungen hat Kissinger als Sicherheitsberater des damaligen Präsidenten Nixon vollbracht. In seiner Zeit als Außenminister und unmittelbarer Akteur auf der politischen Bühne hat die Praxis seine konzeptionellen Fähigkeiten weitgehend unter der gewaltigen Last der Tagesarbeit begraben. Gewiß, auch diesen Teil seiner Aktivität hat er mit Virtuosität, Sinn für Publizität, offensichtlichem Behagen und anscheinend unererschöpflicher physischer Energie bewältigt, aber dabei verfiel der Stratege Kissinger häufig im Dickicht seiner taktischen Bewegungen.

Ein entscheidender Mangel war dabei, daß es ihm nicht gelungen ist, seine Außenpolitik innenpolitisch abzusichern. Die amerikanische Außenpolitik wurde unscharf nach innen und nach außen. Er, der so sehr nach Stabilität und Legitimität einer neuen Ordnung gesucht hat, mußte sich in der Praxis vielfach mit zerbrechlichen und notdürftigen Lösungen zufrieden geben. Sein außenpolitisches Konzept war anspruchsvoll und widersprüchlich zugleich. Es ist nur richtig zu verstehen, wenn man als Hauptziel seiner Außenpolitik die Wiedergewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten zugrundelegt.

Er war der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten nicht zuletzt aufgrund der Truman-Doktrin und der damit verbundenen moralistisch-legalisti-

schen Betrachtungsweise in ihrer Handlungsfreiheit beeinträchtigt worden sind, ja er hat sie sogar als verloren angesehen. Einer der Schlüsselsätze aus seinen theoretischen Arbeiten in diesem Zusammenhang lautet: "Wenn die Vereinigten Staaten der Garant jedes nichtkommunistischen Gebietes bleiben, werden sie ihre psychologische Leistungsfähigkeit einbüßen. Kein Land kann zugleich zu jedem Zeitpunkt und in jedem Zeitraum und in jeden Teil der Welt weise handeln. Eine in stärkerem Maße pluralistische Welt - insbesondere in den Beziehungen mit Freunden - liegt zutiefst in unserem langfristigen Interesse."

Die Hauptschwierigkeit der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ende der 60er Jahre führte er auf die mangelnde Fähigkeit zurück, in den Kategorien von Macht und Gleichgewicht zu denken und statt von Interessen von Verantwortung zu reden. Seiner Meinung nach sollten nicht legale Verpflichtungen die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik sein, sondern reale Interessen. In der Tat: aus dem Fürsorgeverhältnis zu seinen Verbündeten, das Amerika zur Abwehr einer potentiellen sowjetischen Bedrohung auf der Grundlage des Containment-Gedankens geschaffen hatte, waren Konflikte mit der Sowjetunion entstanden und aufrechterhalten worden, die die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen belasteten, ohne daß die Sicherheit beider Länder direkt involviert war, aber dennoch aufs Spiel gesetzt wurde.

Nichts lag näher, als diesen ebenso unnatürlichen wie gefährlichen Zustand durch eine umfassende Neugestaltung des Verhältnisses zur Sowjetunion zu verändern, zumal gerade die wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten, Japan und Westeuropa, im Schatten des Vietnam-Krieges auf wirtschaftlicher Ebene eine zunehmende Konkurrenz zu entfalten begannen. Der Sowjetunion erwuchsen daraus Möglichkeiten, ihr eigenes politisches und militärisches Gewicht global stärker fühlbar werden zu lassen. Die Neuordnung der amerikanischen Außenpolitik im Zeichen der Nixon-Doktrin war der Versuch, diese für die internationale Position der USA nachteiligen Entwicklungen umzukehren und in für die USA vorteilhaftere Bahnen zu lenken. Kissinger hat bei der Neuordnung der amerikanisch-sowjetischen Beziehung auch geschickt die zukünftige Weltmacht China ins Spiel gebracht, nicht so sehr um die Sowjetunion machtpolitisch auszuspielen, sondern sie gleichsam zu vorbeugender Kooperation zu veranlassen.

Sicherheitspolitisch hat Westeuropa von der Neuordnung der amerikanischen Außenpolitik, insbesondere durch die Intensivierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in dem Sinne profitiert, daß das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung in Westeuropa weiter verringert wurde. Die Neuordnung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen war eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß es auch auf der Ebene der Ost-West-Beziehungen in Europa zum ersten Mal seit Ende des 2. Weltkrieges zu umfassenden Regelung- und Verständigungsversuchen gekommen ist. Ohne eine entsprechende Außenpolitik auf deutscher Seite wäre dies nicht oder nur auf Kosten deutscher Interessen möglich gewesen. Die deutsche Ostpolitik seit 1969 war eine notwendige Ergänzung zu der Bewegung, die sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre auf amerikanisch-sowjetischer Ebene vollzogen hat. (-/22.12.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller